

# «Rote Linie überschritten» – FDP-Präsident löst Kritik aus

**Debatte zur Bildungspolitik** Thierry Burkart will die integrative Schule abschaffen. Jetzt reagieren Schulen, Eltern und andere Parteien.

Es brauche «einen Marschhalt» bei der integrativen Schule, sie sei gescheitert. Das sagt FDP-Präsident Thierry Burkart im Interview mit dieser Redaktion.

Die integrative Schule ist seit Jahren ein Reizthema im Bildungsbereich. «Integrativ» heisst «einschliessend», das bedeutet: Die Schule nimmt alle Kinder auf. Kinder mit besonderen Bedürfnissen, die früher in Kleinklassen, Sonderschulen oder anderen Spezialangeboten unterrichtet wurden, gehen heute wenn immer möglich gemeinsam mit allen anderen Kindern zur Schule.

Der FDP-Präsident kritisiert: Der normale Unterricht werde gestört, die starken Schülerinnen und Schüler vernachlässigt, die hohe Anzahl Fachpersonen bringe Unruhe in die Klassenzimmer. Auch die SVP kritisiert immer wieder die integrative Schule.

Burkart löst mit seinen Aussagen viel Kritik aus. Inklusion sei nicht «nice to have», sondern ein Menschenrecht, sagt etwa SP-Nationalrat Islam Alijaj. «Wenn eine Grossbank gerettet werden muss, ist die FDP innerhalb von 48 Stunden zur Stelle. Ich wünsche mir denselben Eifer, wenn es darum geht, dass alle Kinder eine menschenrechtskonforme Bildung geniessen können.»

## «Erstaunt über die FDP»

Inklusion könne nicht gelingen, «wenn wir die Kinder schon in jungen Jahren separieren und ihnen zeigen, dass eben nicht alle Menschen gleich sind», so der Nationalrat. Er könne jede Lehrperson verstehen, die überlastet sei und deshalb Kritik übe. Aber man müsse über das «Wie» der integrativen Schule streiten, nicht über das «Ob». «Als ehemaliger Sonderschüler weiss ich, was es bedeutet, wenn einem aufgrund seiner Behinderungen Bildung verwehrt wird.» Mit den Forderungen, die integrative Schule abzuschaffen, werde für Menschen mit Behinderungen «eine rote Linie



Überwiegen insgesamt die Vor- oder die Nachteile? Integrativer Unterricht findet oft bereits im Kindergarten statt. Foto: Christian Beutler (Keystone)

überschritten, und wir werden nicht zulassen, dass die grösste inklusionspolitische Errungenschaft in der Schweiz der letzten 20 Jahre abgewickelt wird.»

Kritik kommt auch aus der Mitte-Partei. Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier, Mitglied der Bildungscommission, sagt: «Ich bin nicht einverstanden mit dieser Forderung.» Natürlich gebe es Nachteile bei der integrativen Schule, zum Beispiel den höheren Aufwand für die Lehrkräfte, auch wenn sie Unterstützung erhielten. Aber: «Wir brauchen mehr Zeit und Forschung, um die Effekte wirklich abzuschätzen.» Und Roth Pasquier ist «erstaunt über die FDP, weil die Partei plötz-

lich mit schulpolitischen Debatten auffällt – das ist neu.»

Auch Romain Lanners zeigt sich «überrascht über die undifferenzierten Forderungen aus der FDP». Er ist Direktor des Zentrums für Heil- und Sonderpädagogik, einer Fachstelle der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren. Die FDP beklage stets den Fachkräftemangel, gleichzeitig «will sie junge Menschen aus den Regelklassen aussortieren, die dann dem Arbeitsmarkt wegen unzureichender Qualifizierung fehlen.»

Ausserdem verweist Lanners auf viele Studien aus der Schweiz und sagt: «Die Aussagen von Herrn Burkart widersprechen

dem aktuellen wissenschaftlichen Stand.» Man habe viel zur integrativen Schule geforscht, und die Ergebnisse seien eindeutig – die Vorteile überwiegen. Lanners sieht Parallelen zu den bildungspolitischen Debatten in den Nachbarländern: «Björn Höcke von der AfD hat vor dem Sommerloch letztes Jahr eine ähnliche Diskussion in Deutschland provoziert, und in Frankreich forderte Éric Zemmour 2022, Kinder mit einer Behinderung dürften nicht mehr in Regelschulen unterrichtet werden.»

Dagmar Rösler, die oberste Lehrerin der Schweiz, begrüsst zwar, dass sich auch die FDP mit dem Thema Bildung auseinandersetze. «Die Forderung nach

separierten Klassen für beeinträchtigte und fremdsprachige Kinder ist aber sehr rückständig.» Das sei «keine konstruktive und zukunftsgerichtete Lösung».

## «Zu pauschal»

Auch aus der Elternschaft werden Burkarts Aussagen kritisiert. Gabriela Heimgartner ist Präsidentin von «Schule und Elternhaus Schweiz» und Vorstandsmitglied von Elternbildung Schweiz. Sie bezeichnet die Forderungen als «zu pauschal» und sagt: «Wer sich mit dem hiesigen Bildungssystem auskennt, kann sich nicht einfach für oder gegen die integrative Schule stellen.» Zu unterschiedlich seien die Unterrichts-

formen und die Klassen, je nach Wohnort und Ressourcen.

Sie plädiert für einen «kindzentrierten Ansatz», das heisse: «Man schaut bei jedem Kind, ob es sich in eine Regelklasse integrieren kann oder ob es an einem anderen Ort besser aufgehoben ist.» In den meisten Kantonen gebe es ohnehin spezielle Klassen oder Sprachschulen für Kinder, die besondere Bedürfnisse hätten und für die eine Integration nicht sinnvoll sei. «Schülerinnen und Schüler, die sich integrieren lassen, halten die stärkeren Kinder nicht vom Lernen ab, wenn genügend Ressourcen vorhanden sind.»

Nina Fargahi